

PUA Maskendeal jetzt

Offener Brief an Redaktionen und Journalisten

Betreff: Wenn der Nachbar 2.520 Rollen Toilettenpapier bestellt, nennt ihr es Hamstern. Und wenn der Staat für fünf Jahre Masken bestellt?

Sehr geehrte Redaktionen,
sehr geehrte Journalistinnen und Journalisten,

Stellen Sie sich vor, Sie beobachten Ihren Nachbarn während einer Krise.

Er gerät in Panik. Er verliert offenbar jedes vernünftige Maß und bestellt **2.520 Rollen Toilettenpapier**, obwohl sein Bedarf für die nächsten Monate erheblich kleiner ist.

Was machen Sie? Natürlich eine Geschichte daraus.

„**Hamster-Wahnsinn!**“

„**Panik im Reichenhaus!**“

„**Mann bestellt Toilettenpapier für Jahre!**“

Fotos vom Rollenberg inklusive.

Und vermutlich wäre die Berichterstattung sogar berechtigt. Denn wenn Menschen in einer Krise die Verhältnismäßigkeit verlieren, ist das eine Nachricht.

Aber ich bin nicht nur Leser Ihrer Nachrichten. Ich bin Bürger. Und deshalb interessiert mich inzwischen eine andere Geschichte sehr viel mehr.

Der Hamster saß offenbar nicht nur im Reichenhaus

Der Bundesrechnungshof nennt für die Maskenbeschaffung einen ursprünglich angenommenen dringlichen Bedarf für drei Monate von insgesamt **275 Millionen Masken**. Beschafft wurden rund **5,7 Milliarden Masken**.

Das entspricht rechnerisch ungefähr **20,7 Dreimonatsbedarfen**, also rund **62 Monaten oder fünf Jahren und zwei Monaten**.

Der Bürger mit seinem Toilettenpapier war dagegen offenbar ein Anfänger. Er nannte es Vorrat. Beim Staat hieß es Beschaffung. Er bezahlte selbst. **Der Staat hatte uns**.

Wo war eigentlich die viel beschworene Kontrollfunktion der Presse?

Ihr seid nicht die Staatsanwaltschaft. Zum Glück.

Ich erwarte von Journalisten nicht, Schuldige zu bestimmen. Das ist nicht Ihre Aufgabe.

Ich erwarte auch keine Ferndiagnose darüber, welcher Minister wann an akuter Hamsteritis, chronischer Verschwendungssucht oder vorübergehendem Verlust mathematischer Grundkenntnisse gelitten haben könnte.

Aber ich erwarte Fragen. Hartnäckige Fragen. Unbequeme Fragen. Und vor allem Fragen, die nicht verschwinden, nur weil die nächste Schlagzeile bereits wartet.

Wie konnte aus einem dringlichen Dreimonatsbedarf eine Beschaffung für rechnerisch mehr als fünf Jahre werden? Wer wusste davon? Wer kontrollierte? Wer warnte? Wer hätte stoppen können?

Auch die Frage nach dem damaligen Bundeskanzler und seiner **Richtlinienkompetenz** gehört für mich auf den Tisch - nicht mit dem vorweggenommenen Urteil „Der ist schuld“, sondern mit der Frage, wie ein solcher Vorgang innerhalb einer Bundesregierung geschehen konnte, ohne rechtzeitig gestoppt zu werden.

Vielleicht war es gerade nicht einer

Wir Bürger lieben einfache Geschichten: ein Schuldiger, ein Name, ein Gesicht, fertig. Aber vielleicht liegt genau darin das Problem. Vielleicht war es eben **nicht einer**.

Vielleicht muss untersucht werden, ob Ministerien, politische Führung, Beschaffung, Kontrolle und Koordination gemeinsam in einen Krisenmodus geraten waren, in dem Geschwindigkeit irgendwann wichtiger wurde als Größenordnung.

Genau deshalb braucht man Aufklärung. Und genau deshalb braucht man einen **Parlamentarischen Untersuchungsausschuss** - nicht als Tribunal, sondern als parlamentarisches Diagnosegerät.

Der Patient heißt staatliche Krisensteuerung.

Fast 30 Tonnen Fragen

Für das Jahr 2020 wurde ein Bestellvolumen von **5,876 Milliarden Euro** angegeben. Das entspricht bildlich etwa **29,4 Millionen 200-Euro-Scheinen**.

Ein Geldschein wiegt ungefähr ein Gramm. Macht grob: **29,4 Tonnen Geldscheine**.

Fast 30 Tonnen Papier. Nur diesmal kein Toilettenpapier.

Was hätte man mit Milliarden Euro sonst tun können? Wie viele Schulen sanieren, kommunale Investitionen finanzieren, Schlaglochstraßen reparieren oder soziale Projekte unterstützen?

Gerade deshalb muss geklärt werden, ob diese Milliarden in dieser Größenordnung notwendig waren und wie es zu den Entscheidungen kam.

Und jetzt kommt die Presse ins Spiel

Sie besitzen etwas, das der einzelne Bürger nicht besitzt: **Reichweite. Öffentlichkeit. Zugang. Pressefreiheit.**

Sie können Akten auswerten, Verantwortliche interviewen, Widersprüche sichtbar machen und aus einer Frage am Küchentisch eine Frage machen, der sich Verantwortliche öffentlich stellen müssen.

Paywall? Gerne. Qualitätsjournalismus kostet Geld. Aber dann hätte ich als zahlender Leser auch einen bescheidenen Wunsch: **Nicht nur Nachrichten liefern. Nachbohren.**

Die Brandmauer darf keine Mauer um die Aufklärung werden

Politische Parteien dürfen Brandmauern errichten, Bündnisse ausschließen und ihre parlamentarische Zusammenarbeit definieren. Aber Aufklärung ist etwas anderes.

Eine **Brandmauer gegen politische Zusammenarbeit darf nicht zur Mauer gegen parlamentarische Aufklärung werden.**

Denn der Souverän in dieser Demokratie ist nicht Regierung, Opposition oder Redaktion. **Der Souverän ist der Bürger.**

Also, liebe Redaktionen: Wo bleibt der journalistische Hamsterjäger?

Beim Bürger mit 2.520 Rollen Toilettenpapier wäre die Diagnose schnell gestellt: **Hamster!**

Bei Milliarden Masken wird die Sprache plötzlich vornehm: Beschaffungsverfahren. Krisenmanagement. Sonderlage. Entscheidungsprozesse.

Vielleicht sollten wir es einmal andersherum versuchen: keine Diagnose, keine Vorverurteilung - nur dieselbe Neugier wie beim verrückten Nachbarn mit seinem Toilettenpapierberg.

Wer hat bestellt?

Warum so viel?

Wer wusste davon?

Wer kontrollierte?

Wer hätte stoppen müssen?

Warum geschah es nicht?

Und was lernen wir daraus?

Fordern Sie diese Aufklärung ein. Fordern Sie einen **Parlamentarischen Untersuchungsausschuss**, wenn die offenen Fragen anders nicht hinreichend beantwortet werden können.

Nicht gegen eine Partei. Nicht für eine Partei. Für den Bürger.

Oder, frei nach dem Geist des Friedrich August Ludwig von der Marwitz: **Wo Gehorsam keine Ehre bringt, sollte man die Ungnade wählen.**

Vielleicht ist das auch für Journalismus kein schlechtes Motto.

Mit freundlichen Grüßen

Peter-Alexander von der Marwitz

Ein Bürger, der keine 2.520 Rollen Toilettenpapier bestellt hat - aber trotzdem gerne wissen möchte, wer bei 5,7 Milliarden Masken irgendwann aufgehört hat zu zählen.

Sachgrundlage

Bundesrechnungshof: Der dringliche Dreimonatsbedarf wurde mit insgesamt 275 Millionen Masken angegeben; tatsächlich wurden rund 5,7 Milliarden Masken beschafft.

Für 2020 wurde ein Bestellvolumen von 5,706 Milliarden Masken im Wert von 5,876 Milliarden Euro angegeben.

Quelle: Bundesrechnungshof, „Schutzmasken: weit über Bedarf beschafft, kaum Nutzen“.